

„Integration im ländlichen Raum –
Herausforderungen und Chancen für die ländliche Region“

OWL Integrationskongress im Kreis Höxter 2019 23.05.2019

Dokumentation

KI Kommunales
Integrationszentrum
Kreis Höxter



„Integration im ländlichen Raum – Herausforderungen
und Chancen für die ländliche Region“

www.integration.kreis-hoexter.de

Einleitung

Am 23.05.2019 hat das Kommunale Integrationszentrum Kreis Höxter den 9. OWL-Integrationskongress in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Bezirksregierung Detmold sowie dem Verein Initiative für Beschäftigung OWL e.V. als überregionale Fachtagung im Kreis Höxter ausgerichtet.

Zum Thema „Integration im ländlichen Raum – Herausforderungen und Chancen für die ländliche Region“ kamen in der Abtei Marienmünster 380 Vertreter*innen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zusammen.



(v. l.) Frank Spannuth (BR Detmold), Janine Leifert (Initiative für Beschäftigung), Frithjof Ehlers (BAMF), Prof. Dr. Ahmet Toprak (FH Dortmund), Prof. Dr. Andreas Zick (Universität Bielefeld), Klaus Schumacher (Kreisdirektor Kreis Höxter), Serap Güler (Staatssekretärin im MKFFI NRW), Dominic Gehle (Kreis Höxter), Filiz Elüstü (Kreis Höxter).

Nachdem Kreisdirektor Klaus Schumacher und Serap Güler, Staatssekretärin für Integration, die Gäste begrüßt hatten, diskutierten sie mit Frank Spannuth (Bezirksregierung Detmold) und Michael Stickeln (Vertreter der Bürgermeister des Kreises Höxter) über Vorzüge und besondere Herausforderungen der Integration im ländlichen Raum. Moderiert wurde das Gespräch von der Journalistin Melike Yasaroglu, die durch die gesamte Veranstaltung führte.

Zwei Fachvorträge lieferten anschließend einen Blick darauf, dass die Integration in Deutschland besser sei als ihr Ruf. Aus ihrer Perspektive berichteten der Erziehungswissenschaftler

Prof. Dr. Ahmet Toprak von der Fachhochschule Dortmund und Prof. Dr. Andreas Zick, Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, über Forschungsergebnisse ihrer jeweiligen Disziplin.

Dem Plenum wurde dann in zwei Gesprächsrunden von „Lebenswelten im ländlichen Raum“ berichtet. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln schilderten dabei ein Unternehmer und ein Bürgermeister einer Kleinstadt ihre Erfahrungen mit der Integration neu Zugewandeter in den Arbeitsmarkt. In der zweiten Runde berichteten dann Zugewanderte von ihren Erlebnissen bei der Arbeitssuche.

In sieben Landcafés konnten die Teilnehmer*innen abschließend sich und ihre Erfahrungen zu verschiedenen Themen einbringen. Dabei wurde lebhaft diskutiert und es wurden Anregungen und Ideen zu einer Optimierung der Integration im ländlichen Raum festgehalten.

Für einen musikalischen Rahmen sorgten der Interkulturelle Chor Höxter sowie der palästinensisch-syrische Pianist Aeham Ahmad, der international bekannt wurde, als er in einem Flüchtlingslager bei Damaskus in Trümmern auftrat, und der nun im Kreis Höxter heimisch geworden ist.

Begrüßung

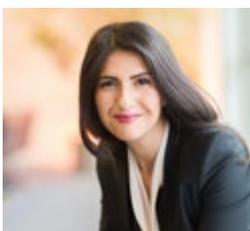


Kreisdirektor Klaus Schumacher freute sich sehr darüber, die Teilnehmer*innen erstmals im Kreis Höxter zu dieser bereits etablierten Fachtagung begrüßen zu dürfen.

Er dankte den Besucher*innen des OWL-Integrationskongresses dafür, dass sie sich mit ihrer täglichen Arbeit hervorragend um das Zusammenleben in der Region Ostwestfalen verdient machen.

Die Abtei Marienmünster sei zudem eine ausgezeichnete Tagungsstätte, denn sie verbinde kulturelle Geschichte und Gegenwart. Einen besonderen Dank richtete Herr Schumacher an das ganze Team der Kulturstiftung Marienmünster. Sie habe den Kongress mit einem ganz hervorragenden Kulturprogramm umrahmt, der in den Tagen vor und nach dem Kongress viele Menschen an die klassische Musik herantühre.

Mit Blick auf die thematische Ausrichtung des Kongresses verwies Herr Schumacher auf die Biografien verschiedener Menschen, die in Deutschland – und speziell im Kreis Höxter – eine neue Heimat gefunden haben. Es seien Geschichten, die Mut machten und alle Teilnehmer*innen des Kongresses in ihren Integrationsanstrengungen bestärken könnten. Zudem zeigten diese Biografien, dass der ländliche Raum eine große integrative Kraft habe.



Frau Staatssekretärin Güler betonte in ihrem Grußwort ebenfalls, dass die Integration im ländlichen Raum, für die viele Menschen wertvolle Arbeit leisteten, besser gelinge als in den Großstädten, was offensichtlich an guten persönlichen Kontakten, mehr Nachbarschaftspflege und mehr Solidarität unter den Menschen liege. Besonders ehrenamtlich engagierte Menschen leisteten wertvolle Dienste.

Nordrhein-Westfalen sei ein Einwanderungsland. Mehr als 25 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Einwanderungsgeschichte, erklärte Frau Güler, angefangen von den so genannten Gastarbeitern der 50er bis 70er Jahre bis zu den Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen in der letzten Zeit. Das friedliche Miteinander dieser Menschen sei ein Verdienst integrationspolitischer Bemühungen. Es dürfe keinen Hass geben, forderte Frau Güler, den einige Menschen für politische Ideologien nutzen könnten.

In diesem Zusammenhang verwies Frau Güler darauf, dass der Tag des 9. OWL-Integrationskongresses auf ein geschichtsträchtiges Datum falle: Vor exakt 70 Jahren sei das Grundgesetz verkündet worden, das mit seinen Grundrechten die Basis für ein demokratisches Zusammenleben aller Menschen, ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte, gelegt habe.

Seit 2001 gebe es einen Integrationskonsens, fuhr Frau Güler fort, den alle demokratischen Fraktionen in NRW pflegten. Das zentrale Element der Integration in NRW sei das 2012 verabschiedete Teilhabe- und Integrationsgesetz, die Grundlage für die Arbeit der Kommunalen Integrationszentren, die eine Schlüsselrolle bei der Koordination der Integrationsarbeit vor Ort einnehmen. In allen Kreisen und kreisfreien Städten gebe es mittlerweile ein Kommunales Integrationszentrum. Mit den Worten, der gute Ruf des Kommunalen Integrationszentrum Kreis Höxter sei ihm vorausgeeilt, schloss Frau Güler ihr Grußwort und verwies auf den Pianisten Aeham Ahmad als Beispiel gelungener Integration im Kreis Höxter.

Gesprächsrunde zum Thema „Integration im ländlichen Raum – Landleben in Vielfalt für alle gestalten!“

In der anschließenden Gesprächsrunde stellten sich Kreisdirektor Klaus Schumacher, Staatssekretärin Serap Güler, der Integrationsbeauftragte der Bezirksregierung Detmold, Frank Spannuth, und der Vertreter der Bürgermeister des Kreises Höxter, Michael Stickeln, den Fragen der Moderatorin Melike Yasaroglu. Dabei ging es um Themen wie Deutschlernen, Toleranz, Vielfalt und Beschulung im ländlichen Raum.

Einig war man sich in der Runde schnell über den hohen Stellenwert des Deutschlernens. Frau Güler betonte, dass eine gelingende Integration ein sprachliches Ankommen voraussetze.

Herr Spannuth wies darauf hin, dass Zuwanderer*innen häufig in Großstädte gingen und dort, weil sie unter sich blieben, nicht einmal Deutsch lernen müssten. Der ländliche Raum habe dagegen viele Stärken wie z. B. engere Beziehungen der Menschen zueinander, viele Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration und eben das leichtere Erlernen der deutschen Sprache, weil die Zuwanderer*innen gezwungen seien Deutsch zu lernen.

Frau Güler, die in Köln lebt, bestätigte diese Einschätzung und Herr Schumacher unterstrich ebenfalls, wie wichtig es auf dem Land sei, der deutschen Sprache mächtig zu sein. Hier gebe



(v. l.) Klaus Schumacher, Melike Yasaroglu, Serap Güler, Frank Spannuth, Michael Stickeln.

es eben nicht viele Menschen, mit denen man in der Herkunftssprache kommunizieren könne. Die Zuwanderung in den ländlichen Raum habe auch den Vorteil, merkte Herr Spannuth an, dass Schulen und Kitas gehalten werden könnten, weil genug Kinder da seien.

Auf die Frage der Moderatorin Melike Yasaroglu, wie tolerant Warburg sei, antwortete Bürgermeister Michael Stickeln, Warburg sei sehr tolerant. Im Jahr 2015 seien die Warburger*innen beispielsweise sehr hilfsbereit gewesen, als viele Geflüchtete nach Warburg gekommen seien und Warburg von allen Städten im Kreis Höxter die größte Herausforderung zu meistern gehabt hätte. Ohne die vielen Unterstützer*innen hätte man es weder in Warburg noch im Kreis Höxter geschafft. Wöchentlich seien zwischen 10 und 80 Geflüchtete nach Warburg gekommen und insgesamt hätte der Höchststand 2015 bei 624 Geflüchteten gelegen. Aktuell lebten in Warburg 202 Geflüchtete. Herr Stickeln wies aber auch darauf hin, dass die Akzeptanz einiger Warburger an ihre Grenzen gekommen sei, als z. B. Sporthallen als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden mussten, sodass Vereine und Schulklassen zeitweise dort keinen Sport treiben konnten. Insgesamt sehe Herr Stickeln Zuwanderung aber eher als Chance.

Moderatorin Melike Yasaroglu fragte Herrn Stickeln, was er sich als Bürgermeister von Frau Güler wünsche. Erst einmal sei er sehr froh darüber, dass Landesmittel für Sozialarbeiter*innen und auch für Ehrenamtler*innen bereitgestellt würden. Die Finanzierung sei und bleibe ein sehr wichtiges Thema in der Arbeit mit Geflüchteten. Daher wünsche er sich auch finanzielle Unterstützung für geduldete Geflüchtete, die beispielsweise in Warburg zwei Drittel der Geflüchteten ausmachten. Aktuell sei es sehr wichtig Bleibeperspektiven zu schaffen für die hier lebenden Geflüchteten.

Frau Güler stimmte Herrn Stickeln zu und betonte, um diesen Personen eine Möglichkeit des dauerhaften Aufenthalts zu ermöglichen, biete der zusammen mit den Ausländerbehörden erarbeitete Bleiberechtserlass Ansatzpunkte, wie gut integrierte, geduldete Ausländer*innen ein Bleiberecht bekommen könnten. Sie wies darauf hin, dass aktuell ungefähr 55.000 Personen mit Duldung in Deutschland leben würden, davon ca. 11.000 Personen länger als acht Jahre. Frau Güler appellierte in diesem Zusammenhang an die Ausländerbehörden vor Ort, den Erlass auch umzusetzen.

Sie resümierte, der ländliche Raum stehe insgesamt für eine gelingende Integration, die von Chancen, aber auch eben Herausforderungen geprägt sei. Man könne und müsse noch viel von den Menschen im Ländlichen lernen. Im Kreis Höxter, so ihr Eindruck, werden die Integration vor Ort und alle engagierten Unterstützer*innen sehr wertgeschätzt. Von Ministeriumsseite werde dies durch das Programm KOMM-AN NRW unterstützt, mit dem ehrenamtliche Helfer*innen gefördert werden könnten. Auch die NRW-weite Förderung der Kommunalen Integrationszentren sei bis zum Ende der Legislaturperiode 2020 gesichert.

Es sei nicht immer leicht in Vielfalt zu leben und eine politische Begleitung dabei wichtig. Die Basis für das Zusammenleben bilde das Grundgesetz. Frau Güler hob hervor, es dürfe keinen Rassismus, keine Diskriminierung, keine Spaltung oder Ausgrenzung geben. Ausdrücklich betonte die Integrations-Staatssekretärin, die auch Mitglied im CDU-Bundesvorstand ist, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei.

„Die Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf: zwei Blickwinkel“

Fachvortrag von Prof. Dr. Ahmet Toprak

Erziehungswissenschaftler, Fachhochschule Dortmund, Autor von „Auch Alis werden Professor“



Zu Beginn seines Vortrages wies Herr Professor Toprak darauf hin, dass 19,3 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund hätten, also jede vierte in Deutschland lebende Person.

Dann folgte ein kurzer historischer Abriss über Einwanderung in das Deutschland der Nachkriegszeit seit 1955 bis heute. Herr Toprak bemerkte, dass die ersten richtigen Bemühungen um Zuwanderer erst ab dem Jahr 2000 begonnen hätten und betonte, dass er sich diese schon 1955 gewünscht hätte.

Im Weiteren betonte er die Heterogenität von Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Herkunftsgebiete, des sozioökonomischen Hintergrundes, ihres Aufenthaltsstatus, der Aufenthaltsdauer, ihrer Religiosität, der Sprachkenntnisse, ihres Bildungshintergrundes, ihrer Zukunftsperspektiven sowie ihrer Motive und Hintergründe für die Migration.

Diese Migrationsgründe seien vielfältig: wirtschaftliche Faktoren spielten ebenso eine Rolle wie soziale, politische, religiös-ethnische, rechtliche und ökologische Faktoren oder die Situation der Bevölkerungsentwicklung. Man müsse vier Bereiche der Integration (strukturelle, kulturelle, soziale und emotionale Integration) unterscheiden, wobei sich Integration von Assimilation und Inklusion unterscheide.

Integration könne laut Ahmet Toprak nur gelingen, wenn Migrant*innen und Aufnahmegesellschaft die Integration wollten, wenn eine Willkommenskultur herrsche und eine Segregation vermieden werde, um Parallelstrukturen vorzubeugen. Weiterhin müssten Familienzusammenführungen unterstützt und Zugänge zu Deutschkursen geschaffen werden sowie zügige Entscheidungen bei Asylverfahren gelingen.

Zudem nannte er als Gelingensbedingungen für Integration die Etablierung und den Ausbau von Integrationskursen mit Themenschwerpunkten wie Geschlechterrollen und Sexualität, Stärkung der sozialen Kompetenzen sowie der Reflexion traditioneller Werte. Dann wünschte er sich eine bessere Anerkennung von formellen und informellen Berufsabschlüssen sowie eine Anerkennung der informellen Bildung: Sprache und Kultur sollten als Kapital gesehen werden.

Ein Angebot in Freizeit und Sport zu schaffen helfe bei der sozialen Integration und ein zügiger Zugang zu Bildungseinrichtungen müsse gewährleistet werden, um die strukturelle und kulturelle Integration zu ermöglichen. Zudem müssten weitere Fortschritte im Bereich interkultureller Öffnung erreicht und weiter das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden.

Allerdings, so merkte Herr Toprak an, seien die Deutschen auch sehr ungeduldig: Eine gelungene Integration dauere mindestens sieben Jahre.

Fachvortrag von Prof. Dr. Andreas Zick

Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld



Herr Professor Zick beleuchtete das Thema Integration aus dem Blickwinkel seiner Arbeit als Konfliktforscher. Integration bestehe aus seiner Sicht aus einer Fülle von Konflikten um Identität und Werte. Dabei gehe es um Fragen wie „Was ist uns wichtig?“ oder „Was steht uns zu?“ und „Was ist ihnen wichtig?“ oder „Was steht denen zu?“.

Für eine gelungene Integration brauche es eine Willkommenskultur, Toleranz, Zugehörigkeit, Rechte und eine Integrationsorientierung. Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen freue sich darüber, wenn sich immer mehr

Migranten*innen in Deutschland zu Hause fühlten. „Allerdings muss man auch dafür sorgen, dass sich Menschen zu Hause fühlen“, ergänzte Herr Zick.

Integration, so betonte er noch einmal, funktioniere nur mit Toleranz. Studien zeigten, dass Vorurteile und Stereotypen gegenüber Muslim*innen in den letzten Jahren abgenommen hätten. Allerdings habe eine Gewaltorientierung unter Rechtsradikalen zugenommen. Ebenso sei das Misstrauen gegenüber der Demokratie gestiegen, auch wenn die Mehrheit der Menschen in diesem Land eine demokratische Regierungsform für unerlässlich halte.

Zugehörigkeit sei erwerbbar, fuhr Herr Zick fort. Eine Umfrage dazu zeige, dass für das Gefühl der Zugehörigkeit der Erwerb der deutschen Sprache an erster Stelle stehe, gefolgt von Achtung vor politischen Institutionen, Gesetzen, Werten und Traditionen. Acht von zehn Befragten wollten nicht unter sich bleiben, begrüßten also den Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund.

Fremdenfeindlichkeit und die Forderung von Etabliertenvorrechten nähmen signifikant zu, je kleiner die Gemeinde sei, aber die Unterschiede seien gering. Zusammenhalt, der Gleichwertigkeit ermögliche, brauche Integrationskräfte und Schutz vor Gegenkräften.

Abschließend stellte Herr Zick eine mögliche „Charta der demokratischen ländlichen Räume“ vor. Als ein „Grundprinzip gegenüber allen Menschen“, stellte Herr Professor Zick heraus, könne gelten: „Recht, Anerkennung und Wohlergehen, solange sie die freiheitlich demokratische Grundordnung achten und schützen“.

#ANGEKOMMEN! – #ANGENOMMEN! – Lebenswelten im ländlichen Raum

„Der Schlüssel für gelingende Arbeitsmarktintegration?“ – Erfahrungen und Erwartungen

Auf der Suche nach einem möglichen Rezept für eine gelingende Arbeitsmarktintegration im ländlichen Raum tauschten Stefan Brockmann (Brockmann Orthopädie-Schuhtechnik, Steinheim), Maja Gehle (Jens W. Kipp Tiefbau GmbH, Bielefeld) sowie Rainer Vidal (Bürgermeister von Nieheim) in einer von Melike Yasaroglu moderierten Gesprächsrunde Erfahrungen und Erwartungen aus.

Stefan Brockmann wies zunächst darauf hin, dass der Fachkräftemangel im Handwerk im Allgemeinen und besonders in seinem Beruf deutlich spürbar sei. Kaum ein junger Mensch strebe eine Ausbildung als Orthopädienschuhmacher*in an, auch weil der Beruf vielen Jugendlichen unbekannt sei. Als Herr Brockmann Abbas Musavi kennenlernte, habe er daher versucht ihn für den Beruf des Orthopädienschuhmachers zu begeistern.

Der 25-jährige Afghane Musavi lebte lange im Iran und sei 2016 von dort nach Deutschland geflohen. Zunächst wohnte er in Dörentrup (Kreis Lippe). Herr Brockmann wollte Abbas Musavi eine Perspektive bieten, da dieser schon in seiner Heimat in der Schuhherstellung gearbeitet habe. Eine Ausbildung, die in Deutschland anerkannt wird, habe Musavi nicht, aber großes Interesse eine zu beginnen.

Abbas Musavi auszubilden stellte sich jedoch als komplizierter heraus als erwartet. Viele bürokratische Hürden mussten genommen und Fristen eingehalten werden, sodass Stefan Brockmann zwischenzeitlich kurz davor war aufzugeben. Er betonte jedoch, die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Ämter in den beteiligten Kreisen Lippe und Höxter hätten ihn stets unterstützt. Als schließlich eine Wohnung im Kreis Höxter für Herrn Musavi gefunden wurde, unterstützte ihn Stefan Brockmann auch bei dem Umzug tatkräftig mit seinem PKW samt Anhänger. Da jetzt nicht mehr kreisübergreifend gearbeitet werden musste, gestalteten sich die weiteren Schritte einfacher.



(v. l.) Rainer Vidal, Melike Yasaroglu, Maja Gehle, Stefan Brockmann.

Abbas Musavi befinde sich nun am Ende des ersten Ausbildungsjahres, habe schon viel gelernt und sei auf einem guten Weg, schloss Stefan Brockmann.

Maja Gehle ist Personalverantwortliche und Ausbildungsbetreuerin bei der „Jens W. Kipp Tiefbau GmbH“ in Bielefeld. In dem Familienbetrieb arbeiten zwölf Personen, davon fünf Deutsche. Zudem arbeite sie in einem Firmenverbund mit 40 Mitarbeiter*innen, der auch viele Neuzugewanderte beschäftigt.

In dem Betrieb, in dem Frau Gehle quasi großgeworden ist, hätten immer schon Menschen aus anderen Ländern gearbeitet und sie habe bisher durchweg positive Erfahrungen gemacht. Der Betrieb arbeite nach dem Konzept „Unterstützen und Fordern“. Die Mitarbeiter*innen würden in dem gefordert, was sie bereits können, und in Bereichen, die ihnen noch etwas schwerer fallen, unterstützt und angeleitet. 2018 sei die Firma für ihr Engagement mit dem „Integrationspreis des Westdeutschen Handwerkskammertages“ ausgezeichnet worden.

Es seien zwar viele behördliche Probleme und bürokratische Hürden zu meistern, aber sie sei stolz darauf, wenn es Menschen geschafft hätten, innerhalb weniger Jahre die deutsche Sprache zu lernen, darüber hinaus eine Ausbildung zu absolvieren und dann in der Lage seien ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Mit ihrer Hilfe sei dies schon mehreren zugewanderten Menschen gelungen. Daraus schöpfe sie viel Kraft, um diesen Weg auch in Zukunft genau so weiterzugehen. Abschließend appellierte Frau Gehle an andere Handwerksbetriebe sich ebenfalls auf diesen Weg zu begeben.

Rainer Vidal (Bürgermeister von Nieheim) berichtete von dem Pilotprojekt „Chancen sehen, Chancen erkennen“, an dem sich die Städte Nieheim, Steinheim und Marienmünster aus dem Kreis Höxter gemeinsam beteiligt haben.

Das Projekt sei gerade mit dem erfreulichen Ergebnis beendet worden, dass 100 Personen Arbeit gefunden hätten. Alle Beteiligten seien von dem Ergebnis beeindruckt, da die Erwartungen deutlich übertroffen worden seien.

Dabei seien die zugewanderten Menschen anfangs erst einmal davon zu überzeugen gewesen, dass es auf dem Land überhaupt Arbeitsplätze gebe. Ihre Annahme sei oft gewesen, gute Arbeitsplätze gebe es nur in Ballungsgebieten bzw. Großstädten.

Die Menschen für die ländliche Region zu gewinnen seien die Bürgermeister und auch der Landrat gemeinsam angegangen. Man müsse Zugewanderten bewusst machen, dass im Kreis Höxter nicht nur Arbeitsplätze geboten würden, sondern dass das Leben auf dem Land – insbesondere für junge Familien – bezahlbar sei und nachbarschaftliche Strukturen vorhanden seien, die Unterstützung und Sicherheit böten. Man habe auch verschiedene Arbeitsmöglichkeiten vorgestellt, wie z. B. Homeoffice-Arbeitsplätze.

Im Laufe des Projektes seien neue Ideen entwickelt und alte Strukturen durchbrochen worden. Besonders im Kreis Höxter müsse oft kreisübergreifend und auch bundeslandübergreifend gedacht und vermittelt werden, was manches Anliegen zusätzlich erschwert habe. Zukünftig wolle man auf diesem Projekt aufbauen und einige Abläufe bündeln und beschleunigen, resümierte Herr Vidal.

#ANGEKOMMEN! – #ANGENOMMEN! – Lebenswelten im ländlichen Raum

„„Heimisch und doch fremd?!“ – Nebeneinander. Füreinander. Miteinander.

In dieser Gesprächsrunde stand die Perspektive zugewanderter Menschen im Mittelpunkt. Mit Malalai Ansari, Bashar Aljbawi, Sevda Dogan und Suat Yilmaz gaben vier Menschen, die unterschiedlich lang in Deutschland leben, der Moderatorin Melike Yasaroglu und dem Publikum Einblick in ihr Leben.



(v. l.) Bashar Aljbawi, Melike Yasaroglu, Sevda Öcal, Malalai Ansari, Suat Yilmaz.

Frau Ansari sieht sich nach 23 Jahren in Deutschland selbst als voll integriert an, nimmt sie doch beispielsweise regelmäßig an dem für das ländliche Ostwestfalen typischen Schützenfest ihres Heimatdorfes teil. Einige Wochen nach dem Einzug in Godelheim wurde die Familie von Nachbarn eingeladen und willkommen geheißen. In der Folge habe sie dann schnell Kontakt gefunden. Heute ist Frau Ansari auch fester Bestandteil einer Kegeltruppe und 1. Vorsitzende des Flüchtlingshilfevereins „Welcome e. V.“. In dieser Funktion kann sie ihre Erfahrungen weitergeben und unterstützt gerne zugewanderte Menschen in der Ankommensphase. Honoriert wurde dieses ehrenamtliche Engagement

im Jahr 2017 mit dem Integrationspreis in der Kategorie „(Neu-)Zugewanderte, die sich im Kreis Höxter für ihre Mitmenschen ehrenamtlich engagieren“.

Dass ihr Weg aber nicht immer ganz gerade und einfach gewesen ist, bestätigt sie auf Nachfrage von Melike Yasaroglu. Eine Unterstützung durch z. B. Ehrenamtliche wie heute habe es bei ihrer Ankunft nicht gegeben. Und da ihr abgeschlossenes Mathematik-Studium nicht anerkannt worden sei, habe sie den Status einer ungelernten Arbeiterin gehabt. Eine Bekannte habe ihr eine Stelle als Bürokraft vermittelt und von da aus habe sich Frau Ansari dann weitergebildet und schließlich noch ein Studium in Deutschland absolviert.

Bashar Aljbawi, der den Master-Studiengang „Ökologische Landwirtschaft“ studiert, ist hingegen erst seit vier Jahren in Deutschland. Bevor er nach Kassel gezogen ist, hat er den ländlichen Raum in einer westfälischen Kleinstadt kennen und schätzen gelernt. Man könne dort konzentriert lernen und Freunde finden. Deutsche Freunde zu haben sei für ihn schön und auch wichtig, um die deutsche Kultur kennenzulernen. Herr Aljbawi betonte, wie wichtig die Hilfe durch Ehrenamtler*innen gewesen sei und dass er inzwischen selbst ehrenamtlich tätig sei als Übersetzer bei der Unterstützung von anderen neu Zugewanderten, von denen er teilweise schon als Vorbild wahrgenommen werde.

Auf die Frage der Moderatorin, was beim Thema Integration besser gemacht werden könnte in Deutschland, gab Herr Aljbawi zu bedenken, dass sich viele Medien auf eine negative Berichterstattung konzentrieren würden und es keine positiven Nachrichten gebe. Über Beispiele guter Integration sollte häufiger berichtet werden.

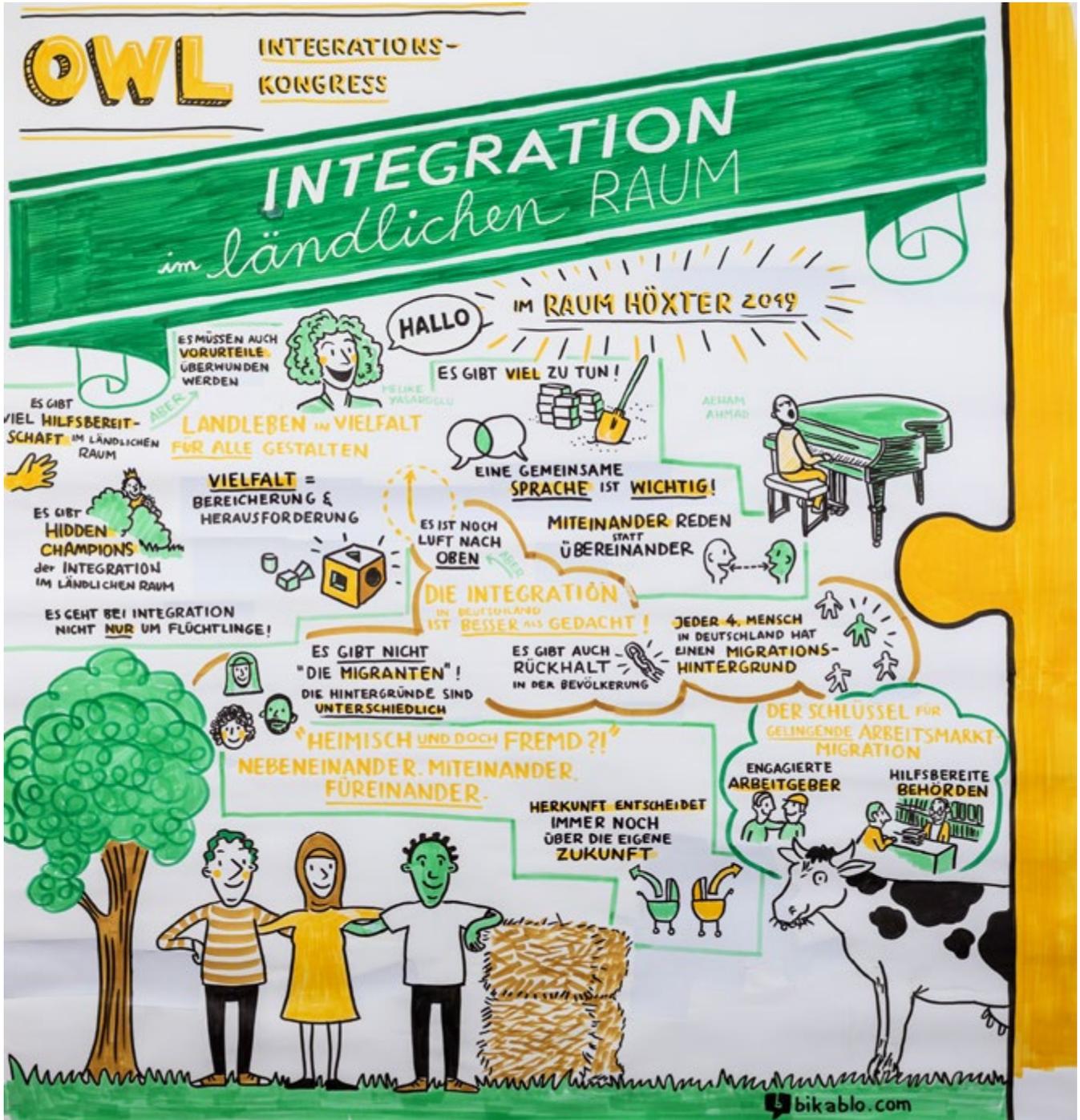
Sevda Dogan, die als sogenanntes „Gastarbeiterkind“ nach Deutschland gekommen ist, berichtete davon, dass es früher z. B. beim Spracherwerb keine Unterstützung der Zuwanderer*innen von Seiten des Bundes gegeben habe. Und dies obwohl Sprachkenntnisse und auch Bildung wichtige Faktoren gelungener Integration seien. Sie selbst habe das Glück gehabt, durch ihre Eltern gefördert worden zu sein und erinnerte sich daran, dass sie bereits als Kind diejenige in der Familie war, die Schriftstücke übersetzt habe oder die Eltern bei Sprechtagen in der Schule begleitet habe.

Je kleiner und überschaubarer der Raum sei, in dem man aufwachse, so beschrieb die Inhaberin der Paderborner Telefonmarketing-Agentur „MKV Consult“ die Vorteile des ländlichen Raums, desto besseren Kontakt habe man zu deutschen Nachbarn und desto schneller gehöre man dazu und sei integriert.

Suat Yilmaz, Autor von „Die große Aufstiegslüge“ und Leiter der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LAKI), der wie Frau Dogan als sogenanntes „Gastarbeiterkind“ nach Deutschland gekommen ist, hatte nach eigenem Bekunden alle Risikofaktoren für das Scheitern in seiner Biographie. Er betonte, Herkunft sei in der Realität leider oft entscheidend, zum Beispiel bei der Wohnungssuche und bei Bewerbungen. Dabei habe Talent nichts mit Herkunft zu tun.

In diesem Zusammenhang berichtete er von seinem Projekt „Die Verfassungsschüler“, bei dem Jugendliche mit und ohne Zuwanderungsgeschichte aus sozialen Brennpunkten für die Werte unserer Demokratie begeistert und sie zur gesellschaftlichen Mitgestaltung angehalten würden.

Man müsse jungen Leuten Hoffnung geben und Zukunftsperspektiven aufzeigen, dabei aber auch über Konfliktthemen sprechen, da dies sonst rechte und populistische Akteur*innen machen würden, führte Suat Yilmaz weiter aus.



Landcafé 1:

„Deutsch lernen vor Ort überhaupt möglich?“

Input: Jutta Klaucke-Holste,
Volkshochschule Ravensberg

Moderation: Torsten Fuchs, Regionalkoordinator für die Kreise
Höxter/Lippe, Bundesamt für Migration und Flücht-
linge (BAMF)

Eine Gelingensbedingung um Deutsch vor Ort zu lernen, seien zeitnahe Kursstarts. Deshalb sollten die neu Zugewanderten so schnell wie möglich an einem Deutschkurs teilnehmen. In der Realität könne die Sechs-Wochen-Frist oft nicht eingehalten werden. Nachteilig sei auch, dass es in der Fläche nur wenige Standorte gebe, an denen diese Kurse durchgeführt würden.

Man wünschte sich eine Aufhebung der Mindestteilnehmerzahl, bzw. flexiblere/dynamische Teilnehmerzahlen, um die Kurse zeitnah durchführen zu können. Die Garantievergütung solle kursbezogen und nicht modulbezogen erfolgen. Auf kommunaler Ebene sollten die verschiedenen Kurse besser koordiniert werden. Auch sollten die Kurse an Freizeitaktivitäten wie Kochen und Fahrradfahren anknüpfen. Besonders für Frauen seien Teilzeitkurse mit einem niederschweligen Angebot gefragt.

Eine weitere Gelingensbedingung für das Deutschlernen vor Ort stelle ein vielfältiges Kursangebot dar, so dass auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen, die individuellen Voraussetzungen und die Berufsspezifika besser eingegangen werden könne. Damit könne das Potenzial, das die Menschen mitbringen, besser ausgeschöpft werden. Bezüglich der Alphakurse wünschte man sich eine sogenannte Dauerschleife, die es ermögliche, Inhalte durch Wiederholung zu festigen. Dass ein Wiedereinstieg nur schwer möglich sei und Kursabbrüche den Integrationsprozess gefährden würden, empfanden die Teilnehmer*innen dieses Landcafés als sehr bedauerlich. Gewünscht wurden ein zweiter (neuer) Einstufungstest für Wiedereinsteiger und eine Ausweitung der Sozialbegleitung.

Die Orte, an denen die Deutschkurse stattfinden, seien schlecht erreichbar. Dies führe dazu, dass besonders Mütter nicht an den Kursen teilnehmen würden. Sie könnten aufgrund ungünstiger Verkehrsanbindungen ihre Kinder nicht rechtzeitig aus den Einrichtungen abholen. Abhilfe könnten der Einsatz von Sammeltaxen oder die Umsetzung eines Kleinbuskonzeptes oder ehrenamtliche Fahrdienste schaffen. Eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs wäre hilfreich. Das Angebot an guten Kursräumen wurde als zu gering bewertet.

Die fehlende Kinderbetreuung, die für manche Menschen die Teilnahme an einem Sprachkurs verhindere, wurde ebenfalls beklagt. Die Förderung des BAMF reiche nicht aus.

Ein Wunsch an die Lehrkräfte, die die Sprachkurse erteilen, war, den Unterricht kleinschrittiger zu planen. Den Teilnehmer*innen solle mehr Zeit zur Sicherung des Neugelerten gegeben werden und man solle ihnen Fehler zugestehen. Der Unterricht solle praxisorientiert sein und die Selbstständigkeit der Menschen fördern.

Die Lehrkräfte sollten sich regelmäßig miteinander austauschen und ihre Qualifikation im zwei-jährigen Turnus auffrischen. Ein Austausch mit dem BAMF und die Beratung des BAMF bezüglich der Bücher sollte von den Lehrer*innen genutzt werden. Es wurde lobend erwähnt, dass sich die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte seit 2001 deutlich verbessert hätten.

Ein besonderes Augenmerk wurde in diesem Landcafé auf die EU-Bürger*innen gelegt. Wenn sie nach Deutschland kämen, wollten sie hier arbeiten und nicht unbedingt die deutsche Sprache lernen. Die Integrationskurse seien für diese Menschen in der Regel nicht finanzierbar. Es gebe zwar Fördermöglichkeiten durch das BAMF, die aber nicht oder selten genutzt würden. Die Firmen würden für ihre Mitarbeiter*innen Angebote in Eigenregie organisieren.

Den EU-Bürgern*innen würden Angebote für „Aufstocker“ fehlen. Sie würden sich eine arbeitsplatzorientierte Grundbildung wünschen, die als schwer realisierbar gilt.

Es gebe dahingehend eine Veränderung der Integrationskursverordnung (IntV) für EU-Bürger, dass eine Kostenbefreiung für Geringverdiener ermöglicht werde. Zudem wurde auf das Angebot von Online-Sprachkursen verwiesen, die auch mit einem Zertifikat abgeschlossen werden könnten.

Abschließend wurden folgende Wünsche im Landcafé 1 formuliert:

- Gewinnung von Integrationslotsen, die die Menschen von Beginn an begleiten bis zur Einmündung in den Job
- Öffnung der TUM für Kunden der Agentur
- Einführung eines projektorientierten Integrationskurs, z. B. mit dem Thema: Wofür lerne ich?
- Ermöglichen und/oder Fördern von Praktika während des Integrationskurses (berufsorientierte Integrationskurse)
- Integrationskurs bis B2 anbieten
- Einrichtung von Kulturzentren mit Bibliotheken, Integrationskursangeboten, Sozialer Begleitung, Freizeitangeboten (Nähkurs/Computerkurs o. ä.), Cafés
- Offener und freier Zugang für alle Interessierte zu niederschweligen Kursen
- Niederschwellige Kurse als Übergang in einen Integrationskurs anbieten
- Bessere Zusammenarbeit mit dem BAMF im DeuFö- Bereich (Angebote/Beratung/Begleitung)
- Ausbildung mit Sprachunterstützung
- intensiveres Sprachtraining mit Unterstützung der Betriebe
- mehr Informationen und eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem BAMF z. B. bezüglich der Fahrkostenhärtefälle, niederschwelliger Frauenkurse, Durchführung von Projekten
- Management der Ehrenämter und verbesserter Austausch der ehrenamtlich tätigen Menschen



Landcafé 2:

„Migranten an die Hand nehmen?“

Input: Bashar Aljbawi
Sozialer Berater in den Integrationskursen des BAMF

Moderation: Michael Sternberg
Regionalkoordinator für die Kreise Gütersloh/Soest und Grundsatz-
Regionalkoordinator beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
in Bielefeld

Die Teilnehmer*innen des Landcafés 2 beschäftigten sich mit der Frage „Migranten an die Hand nehmen?“ und dem Thema der sozialen Beratung im ländlichen Raum. Welche Rolle haben dabei ehrenamtliche Helfer*innen und welche Formen von sozialer Begleitung sind überhaupt erforderlich, sinnvoll und umsetzbar?

Zunächst tauschten sich die Teilnehmenden über ihre positiven Erfahrungen mit sozialer Beratung bzw. Begleitung von Migrant*innen aus. Als besonders hilfreich wurden dabei funktionierende Strukturen im Bereich des Ehrenamts gesehen. Außerdem seien die lokalen Rahmenbedingungen der Integrationsarbeit fast überall bekannt, auch in kleineren Kommunen. Einige Kommunen, wie z. B. die Stadt Delbrück, würden sich dabei über ein hohes Maß an Eigeninitiative auszeichnen, indem sie die Finanzierung von Sozialarbeiter*innen-Stellen selbstständig und ohne Landes- bzw. Bundesmittel stemmten.

Neben fehlenden Fördermitteln zur Finanzierung von entsprechenden Beratungsangeboten durch Land und Bund, diskutierten die Teilnehmenden auch offen über weitere Stolpersteine und Herausforderungen in der sozialen Beratung und Begleitung.

Man stellte fest, dass sich die Problemlagen von Neuzugewanderten nun verschieben. Zu Beginn stellten allein die Unterbringung und die allgemeine Grundversorgung der Menschen einen großen Kraftakt für die Kommunen dar. Inzwischen würden auch andere Themen in der Beratung eine wichtige Rolle spielen, wie die Suche nach einer eigenen Wohnung, die Aufnahme einer Arbeit, die Suche nach einem Kita-Platz oder die schulischen Anliegen der Kinder und Jugendlichen von neuzugewanderten Familien. Das eigentliche Ankommen in der Kommune sei nun in vollem Gange. Eine individuelle und intensive Beratung sei in Anbetracht der vielfältigen Bedürfnisse und Problemlagen von den hauptamtlichen Sozialarbeiter*innen kaum zu gewährleisten. Dabei sei jedoch eine nachhaltige und längere Begleitung von Geflüchteten unabdingbar notwendig. Viele ehrenamtlichen Helfer*innen seien ebenfalls an ihrer persönlichen Schmerzgrenze angelangt und „ausgepowert“. Wechselndes Personal bzw. wechselnde Ansprechpartner*innen bei den hauptamtlichen Sozialberatungsstellen oder in den zuständigen Behörden (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Ausländerbehörde etc.) hätten „Reibungsverluste“ zur Folge und erschwerten den Übergang zwischen den verschiedenen Rechtskreisen. Hier könne als gelungenes Modell in der Region das Jobcenter des Kreises Lippe aufgeführt werden, wo die Übergänge standardisiert und die Akteur*innen eng miteinander verzahnt seien.

Auch bleibe die Intimsphäre der Betroffenen in Beratungssituationen nicht immer gewahrt. Die Teilnehmer*innen waren sich außerdem einig, dass es für nicht bleibeberechtigte Asylbewerber*innen mehr Unterstützungsangebote geben müsse, vor allem auch was die Aufnahme einer Arbeit betreffe.

Neben der Erörterung der genannten Probleme, hatten die Teilnehmenden des Landcafés aber auch Ideen und Lösungsvorschläge parat.



Zum einen müsse für Neuzugewanderte ersichtlich sein, an welcher Stelle soziale Beratung beginne und wann sie aufhöre. Die Selbstständigkeit der Migranten sollte von Beginn an gefördert werden, so auch in den Integrations- bzw. Sprachkursen.

Die Begleitung der Eltern in der Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen und die Vermittlung von

Informationen über das deutsche Bildungssystem sollten künftig einen Schwerpunkt einnehmen. Übergänge könnten beispielsweise durch Exkursionen vor Ort oder durch Inputs von Schulen oder anderen Institutionen in den Sprachkursen erleichtert werden. Schulungsmaßnahmen zu rechtlichen Rahmenbedingungen (AufenthG, IntV, AsylbLG etc.) für Hauptamtliche und Ehrenamtliche, organisiert durch die Kommunalen Integrationszentren, würden ebenfalls zur Verbesserung der Situation beitragen.

Die Pflichtaufgabe der Kommunen, hauptamtliche Integrationsbeauftragte zu benennen, müsse unbedingt umgesetzt werden. Diese könnten die Netzwerkarbeit mit allen beteiligten Akteur*innen vor Ort in die Hand nehmen, um die Übergänge zwischen verschiedenen Angeboten bzw. Rechtskreisen effektiver zu gestalten. Außerdem müsse man Doppelstrukturen bei den Beratungsangeboten vor Ort aufschlüsseln und möglichst vermeiden. Insgesamt sei aktuell eine Entlastung von Flüchtlingsberatungsstellen aufgrund zurückgehender Zahlen von Neuzugewanderten feststellbar.

Weiterhin sei auch die Erreichbarkeit von Behörden, wie z. B. dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit, der Ausländerbehörde, dem Sozialamt, dem BAMF usw. ein wichtiger Schritt, z. B. durch gut funktionierende Hotlines und Dolmetscherangebote. Die Kontinuität in der Beratung (eine feste Ansprechperson für die/den Ratsuchende/n) müsse dabei sichergestellt werden.

Insgesamt müsse man regional standardisierte Verfahren entwickeln, welche die Zusammenarbeit der einzelnen Akteur*innen in der Migrationsarbeit vereinfachen und die Zuständigkeiten der einzelnen Institutionen transparent machen, nicht zuletzt für die neuzugewanderten Menschen selbst.

Aus Sicht der Teilnehmer*innen ist die Ausweitung der Migrationsberatung und des Jugendmigrationsdienstes durch eine erhöhte Förderung des Bundes notwendig.

Landcafé 3:

„Vernetzung und Fördermöglichkeiten - Dialogmöglichkeiten für Interessierte“

Input: Patrick Busse
Landessportbund NRW e. V.

Hubert Becker-Hardt
Regionalkoordinator Integration, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Moderation: Rainer Vidal
Bürgermeister der Stadt Nieheim

Die Teilnehmer*innen trugen zunächst zusammen, was im Bereich Vernetzung und Fördermöglichkeiten ihrer Ansicht nach gut gelingt. So wurde die Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Freizeitgestaltung und besonders beim Sport positiv bewertet. Hervorgehoben wurde auch das Landesprogramm „1000 x 1000 – Anerkennung für den Sportverein“ des Landessportbundes NRW e. V.

Handlungsbedarf wurde bei der Anzahl der Sprachkurse gesehen, diese sollte erhöht werden. Zudem sollten sie fortlaufend und stärker aufeinander aufbauend durchgeführt werden. Auch



im Bereich der Kinderbetreuung müssten noch mehr Angebote geschaffen werden, um vielen Frauen eine Teilnahme an Sprach- bzw. Integrationskursen überhaupt erst zu ermöglichen. Dass die Sozialbetreuung nur für drei Module gelte, hielt man für nicht ausreichend. Weiter wurde bemängelt, dass die Lehrkräfte für die Alphabetisierungskurse teilweise schlecht ausgebildet seien, hier wurde zusätzlicher Qualifizierungsbedarf gesehen.

Auch bei den Jobcentern bestünde Optimierungsbedarf, da der Umgang von Mitarbeiter*innen mit Geflüchteten häufig zu wünschen übrig ließe. Weiter sollten Sprachkurse für neu zugewanderte Mitarbeiter*innen in Firmen angeboten werden. Wobei gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, dass in den Firmen oftmals der durch das Tagesgeschäft verursachte Zeitmangel hinderlich sei.

Schließlich ging es im Landcafé 3 auch darum, wie man konkret in der Praxis die Situation verbessern könne. Es sollten auch für Menschen, die bereits eine Arbeit haben, noch Sprachkurse angeboten werden. Wünschenswert sei auch eine durchgängige Sozialbetreuung für alle Teilnehmer*innen eines Kurses. Integrationskurse für Frauen könnten laut Meinung der Teilnehmer*innen in Sportheimen stattfinden. So könne gleichzeitig eine Kinderbetreuung durch Übungsleiter der Sportvereine stattfinden. Zudem wurde eine größere Flexibilität bei den B 2-Sprachkursen gewünscht. Angebote zur Förderung der Mehrsprachigkeit und zur Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen für mehrsprachige Eltern im Bereich der frühen Bildung wie z. B. „Rucksack Kita“ seien gut, aber die Angebotspalette sollte noch erweitert werden für Eltern mit jüngeren Kindern.

Unterschiede gab es in der Bewertung des Vernetzungsgrades verschiedener Institutionen und Träger. Hier gab es offensichtlich regionale Unterschiede bzw. auch verschiedene Wahrnehmungen. Die Vernetzung der Sportvereine mit Schulen, die Vernetzung Hauptamtlicher und Ehrenamtlicher innerhalb verschiedener Arbeitskreise, der Kindertageseinrichtungen und der ehrenamtlich arbeitenden Frauen wurde einerseits gelobt. Andererseits wurde gefordert, dass Institutionen wie das Jobcenter, die Agentur für Arbeit, das BAMF, Städte sowie Kreise besser zusammenarbeiten sollten.

Landcafé 4:

„EU Migration, Arbeitsmigration - Chancen und Herausforderungen“

Input: Dr. Wolfgang Sieber
Netzwerk Lippe gGmbH

Moderation: Janine Leifert
Initiative für Beschäftigung OWL e.V.

Die Teilnehmer*innen berichteten auf Nachfrage, was bisher gut zum Thema „EU Migration, Arbeitsmigration - Chancen und Herausforderungen“ laufe, dass die Angebote der Willkommensagentur beispielsweise lobenswert seien, da sie die Beratung auch in der jeweiligen Muttersprache der zu Beratenden anbieten würde. Darüber hinaus nannten sie als vorbildliches Integrationsbeispiel polnische Arbeitnehmer*innen, die vor allem durch die Kirche, Vereine und bereits in Deutschland lebende Familienangehörige gut in die Gesellschaft integriert seien.

Auf der anderen Seite sei die mangelnde Teilhabe von ausländischen Eltern am Schulleben ihrer Kinder zu bemängeln. Außerdem gebe es ominöse Agenturen und Vermittler*innen, die Dienstleistungen für die Arbeitnehmer*innen zu hohen Preisen anbieten würden, beispielsweise für das Ausfüllen eines Kindergeldantrages. Häufig kritisierten die Teilnehmenden das Ausnutzen von ausländischen Mitarbeitenden durch „unfaire“ Arbeitgeber*innen. Aber auch Subunternehmer, die ausländischen Mitarbeitenden Jobs in Deutschland beschaffen würden, kamen nur mit schlechten Bewertungen weg, da sie den Jobsuchenden teilweise noch schlechtere Arbeitsbedingungen böten als es bei einer Direkteinstellung der Fall wäre.

Ein weiteres Problem sahen die Teilnehmer*innen darin, dass es kaum niedrighschwellige (Sprach-)angebote für Mitarbeiter*innen gebe und diese häufig zu suboptimalen Zeiten lägen oder schwer erreichbar seien. Zudem seien die Mitarbeiter*innen durch soziale Isolation eine schwer erreichbare Zielgruppe für Hilfsangebote.

Ein weiterer Aspekt stelle die Art der Beratung dar, so sei eine Gruppenberatung bei der Zielgruppe sehr schlecht möglich und man müsse auf Einzelfallberatungen ausweichen, was den Zeit- und Kostenaufwand deutlich erhöhe. Ein weiteres Problem bestehe in der Wohnsituation der Mitarbeitenden, diese sei häufig sehr schlecht und prekär und könne teils menschenunwürdig genannt werden. Zudem wurde angemerkt, dass „Wir“ (= Deutsche) häufig von der Situation der ausländischen Arbeitnehmer*innen (billige Arbeitskräfte, billige Produkte, billiges Fleisch) profitieren würden. Abschließend merkten die Teilnehmenden an, dass die Arbeitnehmer*innen aufgrund schlechter Erfahrungen sehr misstrauisch gegenüber Hilfsmaßnahmen seien und sich daher oft nicht an Beratungsstellen wenden würden.

Die Teilnehmer*innen äußerten konkrete Vorschläge für die Praxis. Zum einen schlugen sie eine Förderung der Sprachfähigkeiten ausländischer Beschäftigter vor, indem beispielsweise der Arbeitnehmeranteil der Kosten für die Sprachkurse gesenkt werde und niedrighschwellige Sprachangebote angeboten würden. Zum anderen wurde Arbeitgeber*innen vorgeschlagen, Arbeitnehmer*innen für bestimmte Zeiten freizustellen, damit diese in dieser Zeit Deutsch lernen könnten.

Als wichtig empfanden die Teilnehmer*innen die Schaffung von herkunftssprachlichen Angeboten und das Involvieren der Ausländerbehörde. Zudem sei ein ganzheitlicher Blick notwendig, der auch die Familiensituation der Betroffenen berücksichtige. Von Kommunen werde erwartet, dass diese z. B. verbieten sollten, einsturzgefährdete Gebäude an „mafiöse“ Organisationen zu vermieten. Auch eine neue Form der Beratung wurde vorgeschlagen, die sogenannte „Migrationsberatung 2.0“. Dort könnten Muttersprachler in bestimmten Chats (z.B. in die Facebook-Gruppe „Betrogen in Deutschland“) mit Informationen helfen.



Landcafé 5:

„Das Wir-Gefühl stärken, aber wie?“

Input: Tahireh Panahi
Juristin, Wiesbaden

Moderation: Sandra Zengerling
Kreis Höxter

Nach dem Input durch Frau Panahi befassten sich die Teilnehmer*innen mit den Fragen „Was spaltet unsere gesellschaftliche Realität?“, „Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“, „Wie stärken wir das Wir-Gefühl?“ und „Wie bestimmen wir unsere Werte?“.

Zu einer Spaltung unserer Gesellschaft würde beitragen, dass wir Deutsche uns häufig erhöhen würden. Auch verschiedene Formen des Rassismus wie Alltagsrassismus, Rassismus in der Sprache sowie Stammtischparolen trügen zu einer Spaltung bei. Es werde häufig dualistisch in Kategorien „Wir“ versus „Ihr“ gedacht.

Als Ursachen machten die Teilnehmer*innen Angst - insbesondere Existenzangst, Unwissenheit, Neid und auch Manipulation durch bestimmte Medien aus.

Zusammengehalten werde unsere Gesellschaft in erster Linie – darüber waren sich die Teilnehmer*innen einig – vom Grundgesetz. Festgeschrieben seien dort wesentliche Werte und Rechte, die die Grundlage unseres Zusammenlebens bildeten. Exemplarisch wurde das Recht auf Meinungsfreiheit genannt. Als weiteren Kitt unserer Gesellschaft führten die Teilnehmer*innen Toleranz, Empathie und gegenseitige Wertschätzung, Solidarität sowie Bildung und Menschlichkeit bzw. Humanismus an.

Um das „Wir“-Gefühl in der Gesellschaft zu stärken, sei es wichtig Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen und gemeinsam etwas zu unternehmen. An einer Definition des „Wir“ sollten zudem alle Menschen mitwirken dürfen.

Ganz allgemein wurde das Nicht-Abreißen der Kommunikation genannt, wobei in den Dialog treten und in diesem zu bleiben als ein erster Schritt angesehen wurde, dem auch Taten folgen sollten.

Man müsse verstehen, woher Ängste kommen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Im konkreten Fall der Konfrontation und beim Auftreten von Problemen müssten gemeinsame Lösungen gefunden werden. Präventionsarbeit, die einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken könne, müsse im Bereich der frühen Bildung und in Schulen ansetzen.

Eine Bestimmung unserer Werte könne nur durch eine breite Beteiligung erreicht werden, darüber herrschte Einigkeit. Dabei komme der Vermittlung eines humanistischen Menschen- bzw. Weltbildes in den verschiedenen Institutionen entlang der Bildungskette eine wichtige Rolle zu. Aber auch der private Bereich nehme bei der Wertebestimmung und -vermittlung eine prominente

te Stellung ein, denn viele grundlegende Werte bekämen Kinder beispielsweise in der Familie vermittelt.

Auf die Möglichkeit der Eigeninitiative wurde am Beispiel des Frauenwahlrechtes hingewiesen. Hier hätten Frauen eigene Interessen durchgesetzt und die Gleichberechtigung der Frauen habe sich im Lauf der (deutschen) Geschichte als Wert etabliert.

Viele der gemeinsamen Werte seien im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgehalten, auf dieses könne man im Zweifelsfalle immer wieder verweisen und dessen Einhaltung einfordern.



Landcafé 6:

„Integration als Empowerment von Menschen und System“

Input und

Moderation: Suat Yilmaz

Leiter Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI)

In seinem Input wies Suat Yilmaz darauf hin, dass in einer vielfältigen Gesellschaft Herausforderungen professionell gemeistert werden müssten und gleichzeitig Chancen für alle systematisch eröffnet würden. Am besten sei dies durch pragmatische Kooperationen mit relevanten Akteur*innen vor Ort zu erreichen. Der Weg müsse weg von Zuständigkeiten und hin zu Notwendigkeiten führen.

Hauptgesprächsthema im Landcafé 6 waren infrastrukturelle Probleme im ländlichen Raum, wie beispielsweise die schlechte Bus- und Zugverbindung, die nicht nur die Mobilität stark einschränke, sondern zugleich die Fort- und Ausbildungssituation der Menschen erschwere. Neben der Mobilität seien auch WLAN-freie Zonen wie im Kreis Lippe ein weiteres infrastrukturelles Hindernis für Empowerment von Menschen im ländlichen Raum. Schließlich könnten so Online-Bildungsmöglichkeiten nicht genutzt werden.

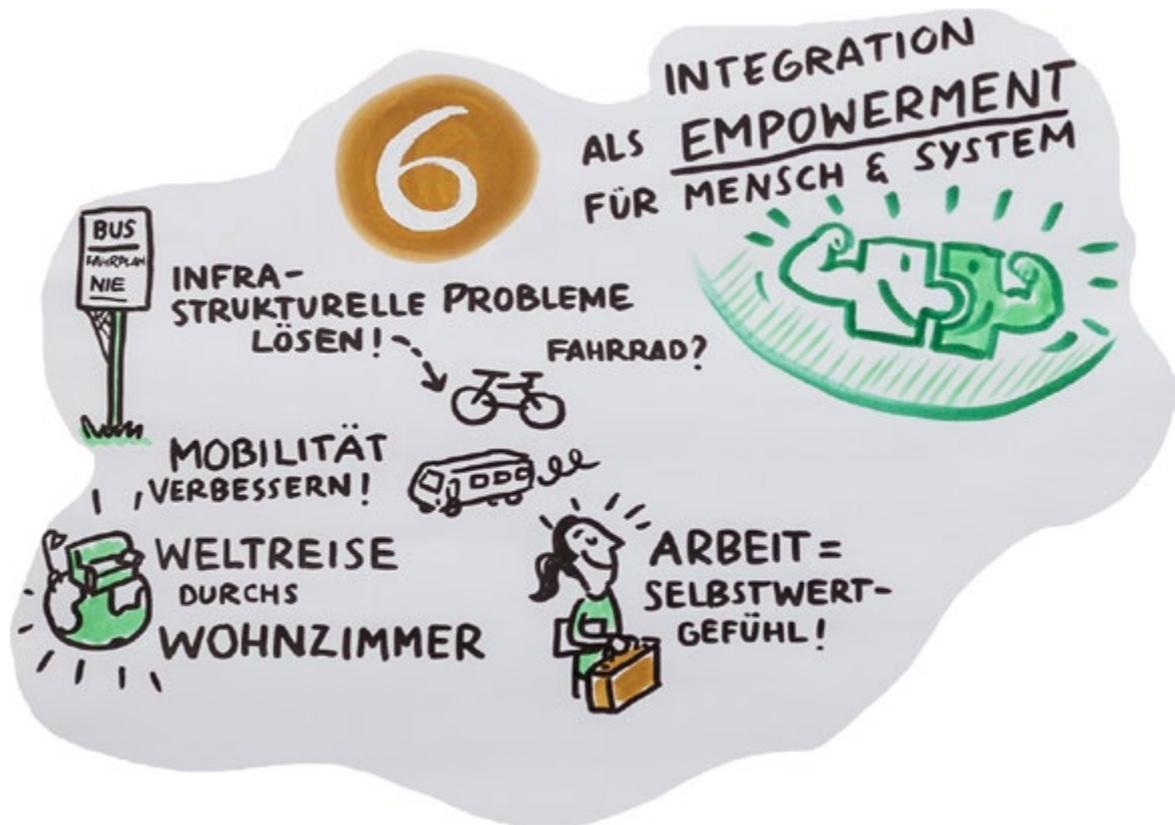
Da infrastrukturelle Veränderungen häufig Zeit benötigten, könnten Angebote vor Ort eine gute Zwischenlösung darstellen. So könnten Sprachkurse und berufsbegleitende Kurse vor Ort angeboten werden, damit eine sprachliche Mündigkeit erreicht werde. Eine neue Logistik müsse auch mit dezentralen Angeboten nicht-mobile Menschen berücksichtigen.

Da mangelnde Deutschkenntnisse bzw. niedrige Sprachniveaus oft als Hindernis für den Einstieg in den Arbeitsmarkt gesehen werden, käme an dieser Stelle flexiblen Arbeitgeber*innen eine Schlüsselfunktion zu, die mit Mut und Verantwortung zukünftigen Arbeitnehmer*innen reelle Chancen gewähren, indem sie pragmatisch handeln und Synergieeffekte nutzen. Viele ausgebremste Menschen hätten kein Selbstwertgefühl, da sie ohne Arbeit kaum Partizipationsmöglichkeiten hätten. Neben einem geringen Selbstwertgefühl stellten vor allem Zukunftsängste ein Hindernis für die Integrationsbereitschaft von Menschen dar, da diese sie im wahrsten Sinne des Wortes handlungsunfähig machten.

Auf behördlicher Ebene bedeute dies, es müsse ein vereinfachtes Verfahren zum Anerkennen von Abschlüssen geschaffen werden, damit der „Zauber des Anfangs“ nicht mit Frustration und Desillusionierung ende. Nur so könne aus einer Menschenverwaltung ein Chancenmanagement werden. Beim Thema Chancen müssten unbedingt auch die Mütter mitgedacht werden, die beispielsweise durch Landesprogramme wie „Rucksack Schule“ stark gemacht werden.

Auf schulischer Ebene müsse an Bildungsgerechtigkeit und Mehrsprachigkeit stärker gearbeitet werden. Noch immer wäre es verpönt, wenn Schüler*innen ihre Familiensprache sprächen.

Grundsätzlich müsse noch viel an Haltungen gearbeitet werden, damit alle Menschen die gleichen Chancen hätten, ganz gleich ob es um den Wohnungs- oder den Arbeitsmarkt gehe. Um Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen, brauche es Begegnungsmöglichkeiten.



Landcafé 7:

„Interreligiöser Dialog“

Input: Annette Hesse
2. Vorsitzende „Welcome e. V.“, Höxter

Marcel Franzmann
Wirtschaftspädagoge mit katholischer Religion, Doktorand der katholischen
Religionspädagogik

Moderation: Tujia Niederheide
Kreis Höxter

Laut Herrn Franzmann seien im Rahmen eines interreligiösen Austausches ein Dialog auf Augenhöhe, das Bewusstwerden der eigenen Religion, die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit und das Erkennen von Gemeinsamkeiten wichtig.



Beispielhaft führte Herr Franzmann die „Kinderakademie der Weltreligionen“ der Universität Kassel vor, die gemeinsame Werte in den Vordergrund stelle und nicht nur Unterschiede aufzeige. Er schloss die Frage an, wie Kinder und Jugendliche bezogen auf religiöse Themen erreicht werden könnten, da im Kreis Höxter meist ältere Personen erreicht würden.

Frau Hesse von „Welcome e.V.“ Höxter berichtete vom Projekt „Runder Tisch der Religionen Höxter“. Als Aktivitäten nannte sie beispielhaft Friedensgebete und Begegnungen, Studienfahrten zu verschiedenen Glaubenseinrichtungen und Vorträge zu den verschiedenen Religionen. Das Ziel sei das Kennenlernen der Glaubensgemeinschaften, die Begegnung und der Austausch auf Augenhöhe.

Als Reaktion auf die Inputs wurde der Vorschlag geäußert, die Treffen des „Runden Tisches der Religionen“ außerhalb der Kirche zu veranstalten, z. B. in einem Familienzentrum, um eine breitere und jüngere Bevölkerung zu erreichen.

Diskutiert wurde im Anschluss, wie auch „Einheimische“ für einen interreligiösen Austausch erreicht werden könnten. Eine Teilnehmerin schilderte Erfahrungen aus Steinheim. Oftmals seien es iranische Konvertiten oder Russlanddeutsche, die sich für religiöse Themen interessierten. Weitere Teilnehmer*innen bestätigten, Religion sei für viele Deutsche kein interessantes Thema mehr. Einerseits wurde das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Kirche als Ursache ausgemacht, andererseits sei Religion für viele Menschen Privatsache.

Auch der Religionsunterricht an Schulen wurde thematisiert, der im Grundgesetz verankert sei. Einerseits wurde gefordert, dass nicht nur das Christentum Unterrichtsgegenstand sein solle, sondern alle Religionen, um eine kritische Religionsmündigkeit zu erreichen – und dies bereits an Grundschulen etabliert werden solle. Andererseits wurde geäußert, der Fokus läge stets darauf muslimische Kultur bzw. muslimischen Glauben zu vermitteln, aber es auch wichtig sei Veranstaltungen zur deutschen Kultur und Sprache anzubieten. Auch wurde der Wunsch geäußert, statt Religionsunterricht Ethikunterricht zu erteilen.

Weiter wurde der Wunsch geäußert, einen Rat der Religionen - wie er auf Bundesebene bereits existiere – auch auf Kreisebene einzurichten. Unterschiedliche Aspekte des Zusammenlebens könnten in diesem Rat aus verschiedenen religiösen Perspektiven beleuchtet werden.

Fälle der Diskriminierung kopftuchtragender muslimischer Frauen waren ebenfalls Thema. Einerseits wurde hier mehr Toleranz der deutschen Gesamtgesellschaft gefordert, andererseits wurde darauf hingewiesen, dass Frauen in muslimischen Gemeinden oder von der Familie unter Druck gesetzt würden, wenn sie kein Kopftuch tragen wollten.

Als problematisch wurde die wenig differenzierte Wahrnehmung des Islam gesehen. Auch der Islam sei vielfältig und vielschichtig und es gäbe keinen „richtigen“ Islam. Hier sei mehr Aufklärungsarbeit nötig.

Insgesamt gebe es zu häufig eine Gegenüberstellung von „Wir“ und „Ihr“ und es solle mehr Offenheit auch für das kritische Hinterfragen religiöser Themen geben.

Gefördert von:

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Bezirksregierung
Detmold



**Initiative für
Beschäftigung
OWL e.V.**



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Ansprechpartner*in:

Filiz Elüstü
05271-965 3612
f.eluestue@kreis-hoexter.de

Jochen Behrens
05271-965 3608
j.behrens@kreis-hoexter.de

Bildnachweis:

Graphic Recordings (Judith Mall, bikablo GmbH & Co. KG)
Fotos Seite 1, 2, 4, 6, 8 und Titelseite: Kreis Höxter
Foto Seite 3: MKFFI
Foto Seite 5: Marcus Heine
Foto Seite 6: Universität Bielefeld

Impressum:

Kreis Höxter
Kommunales Integrationszentrum
Moltkestr. 12, 37671 Höxter
www.integration.kreis-hoexter.de